

II-5530 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2807 11

1992 -04- 09

A N F R A G E

der Abgeordneten Grandits, Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

betreffend die jüngsten Entwicklungen in El Salvador

In der Zeit des "Nichtkrieges" und des eingeleiteten Friedensprozesses in El Salvador ist es besonders wichtig, einen Beitrag zu leisten zu einer irreversiblen, demokratischen Entwicklung in diesem Land. Die Demokratisierungsprozesse bewirken eine größere Transparenz der Herrschaftsverhältnisse und geben Anlaß zur Hoffnung, dennoch kann man noch nicht vorbehaltlos von einer "politischen Entspannung" sprechen.

Nach Medieninformationen werden noch immer Gewerkschaftsführer und andere politisch Unbequeme von "Todesschwadronen" ermordet. Eine vorgesehene "Ad-hoc-Kommission" soll alle Offiziere auf Menschenrechtsverletzungen überprüfen, ebenso sollen die im Land stationierten UNO-Soldaten und eine Kommission ausländischer Persönlichkeiten die Menschenrechtslage prüfen.

Obwohl die wirtschaftlichen Chancen für El Salvador bei einem tatsächlichen Ende des Bürgerkrieges nicht schlecht stehen, steht das Land heute vor der Lösung schwerwiegender sozialer, politischer und ökonomischer Probleme. Ohne eine stabile materielle Basis und einem gewissen Maß an sozialer Gerechtigkeit ist eine Konsolidierung von demokratischen Strukturen nicht möglich.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

A n f r a g e:

1. Was wird die österreichische Bundesregierung unternehmen, um den eingeleiteten Friedensprozeß zu unterstützen und zu einer demokratischen Entwicklung in El Salvador beizutragen?
2. Inwieweit ist bei von österreichischer Seite geförderten Projekten daran gedacht, die bislang vernachlässigte bäuerliche Bevölkerung zu fördern und in den Aufbauprozeß zu integrieren?
3. Während des Bürgerkrieges ließen die Sicherheitskräfte der Regierung über 9.000 Personen verschwinden. Welche Möglichkeiten hat die österreichische Bundesregierung, sich für die Freilassung bzw. Auffindung dieser Menschen einzusetzen?
4. Welche Möglichkeiten sieht die österreichische Bundesregierung, sich dafür einsetzen, daß es zu einer vollständigen Freiheit für Presse und Fernsehen, zu Pluralismus der politischen Parteien sowie zur Aufhebung von etwaigen Ausnahme- und Belagerungszuständen kommt?

5. **Nach dem Scheitern der bisherigen Entwicklungspolitik müssen auch in den Industrieländern neue Überlegungen zur Entwicklungspolitik angestellt werden, die Verbesserungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zugunsten der Entwicklungsländer beinhalten müssen. Inwiefern wurden diese Überlegungen in Bezug auf die finanzielle und soziale Aufbauarbeit in El Salvador miteinbezogen?**